

KATJA KEUL NFOPOST



THEMEN

PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT * ASYLGERICHTSVERFAHREN * RECHTGRÜN * REISEBERICHTE AFGHANISTAN UND KOSOVO * ABRÜSTUNG * RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE * MEINE REGION * BERLINFAHRTEN * BUNDESTAGSREDEN



INHALT

Seite 02 BEGRÜßUNG Seite 04 PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT * ASYLGE-RICHTSVERFAHREN Seite 05 RECHTGRÜN * REISEBERICHT AFGHANI-STAN * REISEBERICHT KOSOVO Seite 06 ABRÜSTUNG * RÜSTUNGSEX-PORTKONTROLLE Seite 07 MEINE REGION Seite 07 BERLINFAHRTEN * BUNDESTAGSREDEN



dies ist die erste Infopost der 19. Legislaturperiode und es lohnt sich noch einmal zurück zu schauen, auch wenn wir schon mittendrin stecken.

Aktuell wird bereits die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses diskutiert. Dabei liegt die Wahl der Kanzlerin und die Vereidigung der Bundesregierung gerade erst 14 Wochen zurück.

Nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 hatten wir Grüne nicht wirklich Zeit, das ernüchternde Wahlergebnis auszuwerten, da wir gleich mit den Jamaika Verhandlungen begonnen haben. Unsere 14 VerhandlerInnen waren gut vorbereitet, haben hart gekämpft und sind vor allem entgegen der Erwartung mancher nicht frühzeitig vom Platz gegangen. Das haben dann andere besorgt. Am Ende werden wir nie mehr erfahren, ob wir uns in dieser schwierigen Konstellation tatsächlich noch hätten einigen können oder nicht. Immerhin standen unsere grünen Themen einige Wochen lang im Fokus dieser Republik, bevor dann die GroKo die Klimaziele und den Kohleausstieg wieder aufgegeben und ausgerechnet die SPD den Waffenexportstopp an Saudi-Arabien aufgeweicht hat.



Erst im Februar konnten die Ausschüsse des Bundestages eingerichtet werden und damit auch die Konstituierung unserer Fraktion, also die Verteilung der Zuständigkeiten vorgenommen werden.

Nach einer Legislaturperiode im Verteidigungsausschuss und einer im Rechtsausschuss habe ich dieses Mal in beiden Ausschüssen einen Sitz und bin sowohl Sprecherin für Rechtspolitik als auch Sprecherin für Abrüstung. Um beiden Themen gerecht zu werden, habe ich nicht mehr als parlamentarische Geschäftsführerin kandidiert. Abrüstung und Rüstung haben uns aufgrund der veränderten Weltlage gleich im Plenum intensiv beschäftigt. Dazu mehr in dieser Infopost.

Nun gilt es mit den neuen Herausforderungen im Bundestag mit sechs Fraktionen umzugehen. Der Bundestag ist nicht mehr derselbe wie vorher – so viel steht fest. Wir werden die Rechten stellen und ihnen nicht durchgehen lassen, dass sie das Parlament als Bühne für ihre Hetze gegen die parlamentarische Demokratie und gegen eine offene und liberale Gesellschaft nutzen. Jetzt wollen sie mit einem Untersuchungsausschuss eine weitere Bühne für die Anprangerung einer humanen Flüchtlingspolitik nutzen, die sie als Rechtsbruch bezeichnen. Auch das wollen wir ihnen nicht ermöglichen.

Natürlich müssen Missstände im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgeklärt werden. Aber dazu gibt es zunächst einmal effizientere Möglichkeiten, die ausgenutzt werden müssen, bevor man zum langwierigen Instrument eines Untersuchungsausschusses greifen muss. Derzeit laufen sowohl staatsanwaltschaftliche Ermittlungen als auch Befragungen der Beteiligten im Innenausschuss.

Falls es sich am Ende als notwendig erweist, werden wir uns einem Untersuchungsausschuss nicht verweigern. Die Frage allerdings, was dieser Ausschuss genau aufklären soll, wird kaum im Konsens geklärt werden können.

Ich hoffe mit dieser Infopost einen kleinen Einblick in meine parlamentarische Arbeit zu geben und freue mich, wie immer, über Nachfragen, Rückmeldungen oder sonstiges Interesse.

Herzlichst, Eure/Ihre

AUS MEINER ARBEIT IN BERLIN



PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT

Im Koalitionsvertrag verspricht die Große Koalition einen Pakt für den Rechtsstaat. Den halten wir Grünen auch für notwendig. Bislang ist leider nicht erkennbar, was der Pakt konkret bedeuten soll und im Bundeshaushalt finden sich kaum finanzielle Mittel dafür. Stattdessen darf Herr Dobrindt ungestraft Organe der Rechtspflege, wie die Anwaltschaft, als "Klageindustrie" diffamieren. So stärkt man sicher nicht das Vertrauen der BürgerInnen in unseren Rechtsstaat.

Lesen Sie meine Rede zur Regierungserklärung der neuen Justizministerin hier.



ASYLGERICHTSVERFAHREN

Gerichte entlasten und Verfahren beschleunigen kann man nicht nur durch erhöhte personelle Ausstattung, sondern auch durch effiziente Verfahren. Gerade bei den Verwaltungsgerichten wurden in den letzten Jahrzehnten die Rechtsmittel so sehr beschränkt, dass es kaum noch obergerichtliche Rechtsprechung gibt. Das verursacht erhebliche Arbeit für die Instanzgerichte, die immer wieder selbst neu entscheiden müssen.

Unser Vorschlag würde die Verfahren beschleunigen und wäre ein erster wichtiger Baustein für den Pakt für den Rechtsstaat.

Lesen Sie unseren Gesetzentwurf hier und meine Rede dazu hier.





RECHT GRÜN

Bei der Jahresversammlung des Vereins RechtGrün haben wir das Bundesarbeitsgericht besucht und anschließend mit hochkarätiger Besetzung über Arbeit und Digitalisierung diskutiert. Dabei waren unter anderem die Präsi-



dentin des Bundesarbeitsgerichts Ingrid Schmidt und Annelie Buntenbach aus dem Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Lesen Sie die Einladung zur Veranstaltung hier.

Mehr Infos zu RechtGrün finden Sie ▶ hier.



REISEBERICHT AFGHANISTAN

In dieser Legislatur bin ich als Vollmitglied im Verteidigungsausschuss wieder verstärkt mit Außen- und Sicherheitspolitik befasst. Meine erste Auslandsreise in diesem Zusammenhang ging nach Afghanistan, wo ich erstmals seit 2012 wieder die Lage vor Ort beurteilen konnte.

Lesen Sie meinen Reisebericht hier



REISEBERICHT KOSOVO

Vor der nächsten Verlängerung des Bundeswehrmandats KFOR haben meine Kollegin Filiz Polat und ich Kosovo besucht, um uns über die Lage vor Ort zu informieren. Im Vordergrund standen dabei die Themen Rechtstaatlichkeit, Migration und Militäreinsatz.

Lesen Sie meinen Reisebericht ▶ hier.







ABRÜSTUNG

In dieser Legislaturperiode bin ich abrüstungspolitische Sprecherin der Fraktion. Dies freut mich besonders, da mich Frieden und Abrüstung seit meiner Jugend motiviert haben, mich politisch zu engagieren.

In Wilhelmshaven habe ich dieses Jahr auf der Osterdemonstration reden können. Auch im Plenum wurde bereits mehrfach über Abrüstung debattiert. Dabei ging es insbesondere um die drohende nukleare Aufrüstung, selbst in Europa. Ich hätte es bis vor kurzem nicht für möglich gehalten, dass wir 2018 wieder über Mittelstreckenraketen in Europa diskutieren. Und das 30 Jahre nachdem sich die USA und die Sowjetunion im INF-Vertrag über deren Vernichtung geeinigt hatten.

Lesen Sie unseren Antrag ▶ hier. Meine Rede dazu ▶ hier.

Mein Gastbeitrag im Weserkurier hier.

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V





Kundgebung: Rheinmetall entrüsten!

RÜSTUNGSEXPORTKONTROLLE

Die Auslandsgeschäfte von Rheinmetall in der Türkei, auf Sardinien und in Südafrika haben im letzten Jahr nochmals verdeutlicht, wofür wir dringend ein Rüstungsexportkontrollgesetz brauchen.

Vor der Aktionärsversammlung in Berlin am 08. Mai habe ich mit vielen MitstreiterInnen gegen die Unternehmenspolitik demonstriert.

Rheinmetall war auch Thema auf der Podiumsdiskussion in der Uni Göttingen, die von der Grünen Jugend am selben Tag zusammen mit der Hochschulgruppe von Amnesty International veranstaltet worden ist.

Auf der Veranstaltung des Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag e.V. haben wir ebenfalls über konkrete gesetzliche Regelungsmöglichkeiten diskutiert.

Lesen Sie unseren Antrag hier.

Meine Rede dazu hier.





Bürokratische Hürden und das Abwürgen der Energiewende bekommen viele PionierInnen der erneuerbaren Energien zu spüren.

Zwei Beispiele aus dem Landkreis Nienburg:

Besuch vor Ort bei der Windenergieanlage Wietzen



(v.l.): die Grünen Abgeordneten Rita Schnitzler (Kreistag), Katja Keul (Bundestag), Helge Limburg (Landtag) mit Windenergie-Betriebsführerin Martina Kanne und dem Technischen Leiter Jürgen Zilkenat. hinten v.l.: Sie wollen Ihre Windkraftanlagen erhalten: Martin Campe, Heinrich Schlemermeyer und Günter Grundmann

Lesen Sie hier meinen Bericht, der in der örtlichen Presse erschien.



Besuch vor Ort in der Siedlung Sonnengarten



(v.l.): Benhard Degener, Gudrun Haßelbusch, Katja Keul und Peter Dvorak

Lesen Sie hier den Artikel der Harke unter dem Titel "Bürokratische Hürden"

NEUES REGIONALBÜRO IN STADTHAGEN ERÖFFNET



Vor den Schaufenstern des neuen Büros in Stadthagen.

Mit guter Laune und vielen Gästen konnte ich im April mein Regionalbüro in Stadthagen einweihen. Es befindet sich in einem separaten Raum der gleichzeitig eröffneten neuen Kreisgeschäftsstelle der Schaumburger Grünen.



Organisatorisch bilden meine Regionalbüros in Nienburg und Stadthagen weiterhin eine Einheit. So hat sich an der gemeinsamen E-Mail-Anschrift katja.keul.wk@bundestag.de nichts geändert.

Regionalbüro Nienburg

Regionalbüro Stadthagen

Katja Keul MdB Wallstraße 2a 31582 Nienburg Katja Keul MdB Gartenstr. 2 31655 Stadthagen

Telefon: 05021-9229255 Telefax: 05021-9229256 Telefon: 05721-890 1978 Telefax: 05721-890 1977

Mehr zu meinen Regionalbüros finden Sie hier.

Vor der Eingangstür meines Büros in Nienburg



Mit meinen MitarbeiterInnen Thomas Künzel, Arthur Latsch, Safa Sassi und Karin Heinemann bei unserer jährlichen Büroklausur





BERLINFAHRTEN

Ich freue mich sehr, wenn ich Gäste aus meiner Region im Bundestag begrüßen kann. Manchmal passt sogar die Plenartagesordnung mit dem Besuchsprogramm zusammen.

Lesen Sie hier, was die Harke unter der Überschrift: "Keul am Redepult erlebt" über einen Besuch im März schreibt.



BUNDESTAGSREDEN SEIT DER LETZTEN INFOPOST IN TEXTEN UND VIDEOS:

Hinweis: Die Links zu den Reden verweisen auf meinen Youtube-Kanal. Es gelten die datenschutzrechtlichen Bestimmungen von Youtube.

o Aurantie

- ▶ Rede und ▶ Video zur Fortsetzung des MINUSMA-Bundeswehreinsatzes in Mali am 12.12.2017
- ▶ Rede und ▶ Video zur türkischen Offensive in Syrien am 01.02.2018
- ▶ Rede zu Rüstungsexporten am 28.02.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme am 02.03.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum familienrechtlichen Wechselmodell am 15.03.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zur Regierungserklärung Recht und Verbraucherschutz am 23.03.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung am 19.04.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum Asylprozessrecht am 19.04.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zu unserem Antrag für ein Rüstungsexportkontrollgesetz am 27.04.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum Einzelplan Verteidigung in der Haushaltsdebatte am 16.05.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zum Bundeswehreinsatz im Kosovo am 14.06.2018
- ▶ Rede und ▶ Video zur Anschaffung bewaffneter Drohnen am 14.06.2018





www.katja-keul.de

BERLIN

Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin T: 030 / 227 - 71664, F: 030 / 227 - 76591 Katja.Keul@bundestag.de

NIENBURG

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul MdE Wallstraße 2a, 31582 Nienburg T: 05021 / 92292-55, F: 05021 / 92292-56 Katja.Keul@wk.bundestag.de

STADTHAGEN

Wahlkreis- und Regionalbüro Katja Keul Mdl Gartenstraße 2, 31655 Stadthagen T: 05721 / 8901978, F: 05721 / 8901977 Katja.Keul@wk.bundestag.de

Bildnachweise: Archiv/Privat; Kundgebung: Rheinmetall entrüsten! by IPPNW is licensed under CC BY-NC-SA 2.0 I; BER (C) Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag (BER)"; pixabay;